

# WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

## DIE LINKE HESSEN

### **1. Wettbewerbsfähigkeit:**

**Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen legt die Basis für ein tragfähiges Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung.**

**Nennen Sie Ihre TOP 3 Maßnahmen, mit denen Sie die Rahmenbedingungen für die hessischen Unternehmen wettbewerbsfähiger machen wollen?**

Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich oft Nachteilen ausgesetzt. Das wollen wir ausgleichen, z.B. durch:

1. Faire Vergabe: Öffentliche Aufträge nicht an den billigsten Anbieter vergeben, sondern an regionale Unternehmen, die seriös kalkulieren, gute Löhne zahlen, fair einkaufen und ausbilden.
2. Steuergerechtigkeit herstellen: Wir wollen mehr Betriebsprüfer/innen einstellen, die dafür sorgen, dass korrekt arbeitende Betriebe keine Wettbewerbsnachteile erleiden gegenüber Unternehmen, die keine oder zu wenig Steuern bezahlen.
3. KMU fördern, gerade im ländlichen Raum: Die öffentlichen Sparkassen sollen stärker dem Gemeinwohl verpflichtet werden und KMU mit günstigen Krediten unterstützen.

### **2. Duale Berufsbildung**

**Obwohl Ausbildungsberufe nach bundeseinheitlichen Vorgaben umgesetzt werden sollen, unterscheidet sich der Unterricht, die Ausstattung und das Know-how von Lehrkräften. Insbesondere Unternehmen mit vielen Niederlassungen stellt das vor Herausforderungen.**

**Wie werden Sie dafür sorgen, dass es einen landesweit einheitlichen hohen Standard für Ausstattung und Infrastruktur an Berufsschulen gibt, um für gleiche Ausbildungsverhältnisse in bundesweit einheitlichen Ausbildungsberufen zu sorgen?**

Berufliche Schulen müssen gut ausgestattet und mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass alle Berufsschülerinnen und -schüler mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden erhalten. Zudem muss die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden. DIE LINKE Hessen sieht das Projekt „zukunftsfähige Berufsschule“ sehr kritisch, da es die Zusammenlegung von Standorten beinhaltet. Dies bedeutet für bestimmte Ausbildungsberufe, dass das schulische Angebot in der Region ggf. wegfällt. Wir wollen aber alle Standorte erhalten.

### **3. Fachkräftesicherung**

**Die qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland ist ein wesentlicher Hebel zur Linderung des Fachkräftemangels. Im Zuge unserer Beratung der Unternehmen bei der Fachkräfteeinwanderung sind Verbesserungsmöglichkeiten offensichtlich geworden.**

**Wie stehen Sie der Forderung zur Einführung einer Zentralen Ausländerbehörde gegenüber? Wenn nein, welche anderen Ansätze sehen Sie, um die Verwaltungsprozesse (im Einflussbereich des Landes) bei der Fachkräftezuwanderung zu vereinfachen?**

Entscheidend ist, dass die Ausländerbehörden mit ausreichend Personal ausgestattet werden, um Vorgänge zügig zu bearbeiten. Ferner müssen Beratungsstrukturen und Sprachkurse ausgebaut und nachhaltig finanziert werden. Wenn dadurch Menschen schneller eine Arbeit aufnehmen können, ist das gut - auch für die Unternehmen. Grundsätzlich lehnen wir aber eine Migrationspolitik aus "Nützlichkeitsgesichtspunkten" ab.

Richtig bleibt auch, dass jährlich tausende junge Menschen vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen. Betriebe, die ausbilden, wollen wir fördern, z.B. bei öffentlichen Vergaben.

### **4. Infrastruktur:**

**Die Stärke der Hessischen Wirtschaft und damit auch unser Wohlstand ist auch davon abhängig, ob die Hessischen Unternehmen ihre Produkte reibungslos bis zu ihren Kunden transportieren können.**

**Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass der Gütertransport in Hessen schnell und zuverlässig läuft, damit Unternehmen in Hessen nicht in ihrer Wertschöpfung ausgebremst werden.**

Die "Schuldenbremse" hat sich als "Investitionsbremse" erwiesen, zulasten der Zukunft der Menschen im Land Hessen.

Nötig ist ein Investitionsprogramm von mindestens einer Milliarde Euro, um den Sanierungsstau in Land und Kommunen in Angriff zu nehmen, finanziert durch ein gerechteres Steuersystem.

Bei den Straßen muss Erhalt vor Neubau gelten: Die letzten Jahrzehnte zeigten, dass auf mehr Straßen immer nur noch mehr Verkehr folgt. Die Schiene muss massiv und flächendeckend ausgebaut werden, beispielsweise mit einem S-Bahn-Ring um Frankfurt.

## **5. Flächenbedarf**

**In vielen Regionen Hessens werden die Gewerbeflächenpotenziale immer knapper und hemmen somit die Entwicklung für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen. Fach- und Arbeitskräfte finden kaum noch verfügbaren und beziehbaren Wohnraum.**

**Wie wollen Sie landespolitisch eine strategische Flächenentwicklung für Gewerbe und Wohnen in Hessen konkret voranbringen?**

Bodenschutz ist Klimaschutz. Ab 2030 sollen Neuversiegelungen nur noch zugelassen werden, wenn sie durch eine mindestens gleich große Flächenentsiegelung an anderer Stelle (Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsflächen, Gewerbe- und Siedlungsflächen etc.) einhergehen.

Da neuer Wohnraum dabei Priorität hat, muss gerade in Gewerbegebieten die Innenverdichtung vorgehen, wo etwa große Parkplätze und einstöckige Gebäude vorherrschen, gibt es hier noch großes Potenzial.

## **6. Energie**

**Erhebliche Preissteigerungen für Energie bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt kaum voran. Hessen bleibt, wie kein anderes Flächenland, auf Energieimporte angewiesen. Und das bei gleichzeitig wachsendem Strombedarf.**

**Mit welchen Strategien zur klimaneutralen Stromerzeugung wollen Sie der Verdreifachung des Strombedarfs begegnen und ausreichende Mengen von Wasserstoff dem Markt zur Verfügung stellen?**

Der Ausbau der Erneuerbaren muss drastisch beschleunigt werden. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch für die Energiepreise. Die Rolle der Gemeinden bei der erneuerbaren Energieerzeugung wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der Gemeindeordnung verankern.

Wasserstoff benötigt in der Herstellung sehr viel Energie und wird nur für bestimmte Anwendungen, etwa in der Schwerindustrie, eine große Rolle spielen. Wo andere Energieträger nutzbar sind, etwa direkte Stromnutzung, ist das zu bevorzugen. Bei künftigen Wasserstoffnetzen sind direkte Leitungen zu effizienten Anwendern zu priorisieren.

## **7. Nachhaltigkeit**

**Die derzeitigen Gesetzgebungsverfahren der EU wie die EU-Taxonomie, die CSRD-Richtlinie, Sustainable Finance und schließlich auch das Lieferkettengesetz stellen Unternehmen vor große Herausforderungen.**

**Was wollen Sie tun, um diesen praxisfernen und bürokratischen Vorgehensweise Einhalt zu bieten, um insbesondere – aber nicht nur – kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten?**

Wir wissen, dass die allermeisten Unternehmer/innen gerne sozial und ökologisch nachhaltig handeln wollen. Um diese vor Benachteiligung im Wettbewerb zu schützen, sind Kontrollen notwendig. Die dafür notwendige Dokumentation soll - in Verhältnismäßigkeit zur Unternehmensgröße - so ausführlich wie nötig, aber so unbürokratisch wie möglich sein. Kleine Unternehmen sind von vielen Pflichten, etwa im Lieferkettengesetz, bereits befreit.

Auch das Land Hessen und die Kommunen soll bei öffentlichen Aufträgen sozial und ökologisch vorbildliche Unternehmen bevorzugen, etwa über Auflagen im Vergabegesetz.